

Bestellungen nehmen alle Postämter des n. Kaiserthums an; Berlin d. Erped. Postamt. Nr. 1.
In Verantw. des Verlegers J. G.

Berlin.

Dienstag, 31. März.

Abonnement f. Berlin: viertel. 1. R. 20. Sgr., für ganz Preußen 2. R. 24. Sgr.; für das übrige Deutschland 2. R. 24. Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die Rhein-Rube-Eisenbahn; die Postkammer. Frankfurt a. M.: Militärisches. Wiesbaden: aus der Kammer. Stuttgart: die Eisenbahnfrage. Koburg: der Landtag. Wroffen: die Holzfrage. Gumburg: die Bürgerchaft. Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: der Konflikt mit Serbinien; der deutsch-dänische Streit; Tagesbericht. Frankreich. Paris: die neuburger Frage; Tagesbericht. Italien. Turin: der Konflikt mit Oesterreich; aus der Kammer; das Reichstags-Roten's. Amerika: aus New-York. Preussische Postkammer. Preussische Zeitung.

Deutschland.

Berlin, 31. März. Die Verhandlungen zwischen Preussen und Oldenburg wegen des Baues einer Rhein-Rube-Eisenbahn dauern hier noch zwischen der österreichischen Kommission fort und haben, wie man erzählt, dadurch eine Verzögerung erhalten, daß von Oldenburg eine Forderung des Preussen zu zahlenden Pauschalquantums für die Bauarbeiten, welche die diesjährige Polizeiverwaltung aus dem ihr übergebenen Post-Transit im Kaiserthum Dänemark hat, verlangt wird.

Die hier zusammengetretene außerordentliche Zoll-Konferenz hat ihre Sitzungen geschlossen, und die Mitglieder haben, nachdem dieselben neulich von dem Könige empfangen wurden, in diesen Tagen in ihre Heimath zurück. Einige Kommissarien der Konferenz werden sich nunmehr nach Wien begeben, um mit österreichischen Kommissarien auf Grund der sowohl von Oesterreich als auch vom Kaiserreich aufgestellten Vorschläge, die Erweiterung von Verkehrs-Einrichtungen zwischen beiden betreffend, weiter zu verhandeln.

Berichtigung. Nicht „1000“, sondern 10,000 Thaler sind für den Bau des Kriegshafens an der Ostsee auf Kägen im Ort der Marine-Verwaltung für 1857 angesetzt.

Frankfurt a. M., 29. März. Nachdem etwa vor Jahresfrist die Kriegsdienstpflichtigkeit im deutschen Bunde von 5 auf 6 Jahre bestimmt worden, ist neuerdings durch Bundesbeschluss beschlossen, daß bei geworbenen Truppen für die Mannschaf, weil sie stets präsent gehalten und nicht während eines Drittels der Dienstzeit beurlaubt wird, eine vierjährige Dienstpflichtigkeit genüge.

Wiesbaden, 29. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde wieder Abg. Wittich zum Präsidenten, Bürgermeister König zum ersten und Protokollator Dr. Braun zum zweiten Vice-Präsidenten gewählt. Hiernächst stellte der Abg. v. Eck den Antrag: die Ständekammer möge für die Gebührensvermehrung der Staatsbediener einen besonderen Ausschuss von 7 Mitgliedern wählen, welcher Antrag auch angenommen ward.

Stuttgart, 28. März. Nach den neuesten Verhandlungen in der Kammer und Senatzen, von Ministerialrat in der Stadt unserer Eisenbahnfrage der, daß von Bödingen nach Reutlingen ebenfalls, und von Reutlingen über Tübingen nach Württemberg höchst wahrscheinlich und zu gleicher Zeit gebaut wird. Die Arbeiten sollen unverzüglich beginnen und die Uebernahme der Arbeitsarbeiten bis Reutlingen bereits ausgeschrieben. Die ganze Linie kann in 14 Jahren vollendet sein. Die Kosten für die ganze Linie betragen etwas über 6 Mill. Gulden und es soll, beschleunigten, ein Staatsanlehen gemacht werden. Da aber innerhalb 2 Millionen Staatsgelder zu dem Baue disponibel sind, so wird es einer Aufnahme von höchstens 4 Millionen bedürfen. (S. P. 3.)

Wroffen, 29. März. Die Ständekammer ist endlich noch zu einem Entschlusse hinsichtlich der Holzfrage gelangt. In der heutigen Sitzung vereinigte sich dieselbe zur Annahme des Wirth'schen Antrages, dahin gehend, die Sache vorerst und bis auf weiteres auf sich beruhen zu lassen und gegen den Erlaß der Verordnung vom 20. September 1855, so wie gegen die öffentlichen Be. Reizungen und alle aus der Verordnung hervorgehenden folgenden Protesten zu erheben und Rechtsverweigerung einzulegen. Folgerweise verweigerte die Kammer denn auch der betreffenden Einnahmeposition im Budget wegen dess aus den Verzögerungen zu erzielenden Mehrbetrags ihre Sanction. (Westf. B.)

Koburg, 27. März. Vorgehen ist der Sonberlandtag des Herzogthums Koburg hier zusammengetreten und vom Staatrath von Pavel-Ramminger empfangen worden. Die elf, sämtlich erschienenen Abgeordneten bestanden aus 2 Bürgermeistern, 4 Staatsräthen, 4 Delenomen und 1 Abvolaten. Die Thätigkeit des Sonderlandtags wird sich fürs erste auf die Wahl der Mitglieder zum gemeinschaftlichen Landtage beschränken. (S. P.)

Gumburg, 30. März. Die Ertrags-Ebene Bürgerchaft war heute ungewöhnlich lange, nämlich von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends versammelt, wie es auch nach der großen Anzahl — 12 — und der verschiedenen Qualität der Theilnehmer in unsere städtischen Interessen tief eingreifenden Senatspropositionen nicht anders zu erwarten gewesen war. Wie oben angegeben, bezogen sich die meisten Propositionen auf speziell städtische Verhältnisse; Interesse für das Ausland hatten eigentlich nur die Ratifikation des Sundjollvertrages (Bezahlung der Rückzahlungsquote auf einmal) und Einziehung des Solgenztrahes. Beides wurde von der Bürgerchaft angenommen, eben so der Bau einer neuen Kirche für das Bundesdenkmal (die Hansaten). Dagegen wurde die Errichtung einer neuen — pädagogischen — Professur am altschleischen Gymnasium, gegen die sich mit Ausnahme der Behörden und der Gymnasialprofessoren fast alle kompetenten Stimmen, besonders aber der unerwünschten Vertreter der Wohlthätigkeit der Gründung eines besonderen Schullehrerseminars in Gumburg, der auch außerdem als Pädagog geachtete Dr. Rediger, so wie die angeführten außer unsern Schulverhältnissen, als gegen eine unpraktische, gefährliche, lehrplante und überflüssige Maßregel erklärt hatten, auch von der Bürgerchaft verworfen.

Oesterreichischer Kaiserstaat.

Wien, 29. März. Die heutige „Wiener Ztg.“ bringt die Depesche des kaiserlichen Kabinetts, womit Graf Paar von Turin abgerufen worden ist. Man wird nicht schmerzlich, wenn man annimmt, daß Oesterreich auf die Allegation der völlerrechtlichen Begehren den Neent legt und daß die von Seite Piemont's erfolgte Deponirung derartiger Absichten einzig und allein eine zur Wiederherstellung des ununterbrochenen Verkehrs geeignete Grundlage abgeben konnte. Es entsteht nunmehr die Frage, ob einige Großmächte ihren Einfluß aufbieten werden, um Piemont auf dieses Terrain hindern zu lassen; einer europäischen Preffion würde dasselbe keinen Widerstand entgegenzusetzen können. In diesem Betrage ist die Differenz von mehr als gewöhnlichem Interesse; die Art ihrer Austragung wird dazu dienen, manche noch nicht genugsam erhellt'se Partie der Gruppierung der Mächte zu beleuchten. Das Objekt des Streites ist kein solches, daß eine fernere Beibehaltung der Endabsichten möglich erscheint. Oesterreich's Absichten sind unveränderlich; es hat von seinem Standpunkt aus eine Prinzipfrage scharf und entschieden gestellt und es glaube sie jetzt, nach seinem Vorgehen in Italien, in dieser Weise stellen zu dürfen. Eine gründliche Beantwortung der österreichischer Seite gestellten Frage läßt sich nun wohl noch verschleppen, aber die Dauer keinesfalls ganz umgehen. (Vgl. Turin.)

Wien, 29. März. Im Laufe dieser Woche hat, wie der „Börsehallen“ von hier geschrieben wird, der preussische Gesandte Graf Arnim zu wiederholten Malen mit dem Grafen Drol besprochen und wurde auch vom Kaiser in einer besonderen Audienz empfangen. Wie ich nun erfuhr, hat diese außerordentliche Lehhaftigkeit des diplomatischen Verkehrs zwischen dem Vertreter Preussens und dem k. k. Kabinet in einer nicht unbedeutenden Berücksichtigung der Ansichten ihren Grund gehabt, welche sich bezüglich der weiteren Behandlung der dänischen Angelegenheit zwischen den Höfen von Wien und Berlin ergeben hat. Graf Drol hielt an der Meinung fest, daß einem allfälligen weiteren Vorgehen in der obwährentenden Differenz mit Dänemark unbedingt ein nochmalige gemeinschaftliche von beiden Seitenen Großmächten auszubehende Wirklung der in der letzten Kopenhagener Protokollenthaltenen irrigen Ansichten und Behauptungen in der Form einer Reklamation voranzugehen müsse, die gleichzeitig den Charakter einer Communitation an sich tragen soll. In Berlin hingegen war man ganz und gar gegen diese vom Wiener Kabinet vorgeschlagene und warm beschriftete Prozedur und fand es vielmehr für vollkommen an der Zeit, garben Vorgehen auf eine Bundesverträge loszusteuern. Das Wiener Kabinet opponirte anfänglich dagegen, und erst, als man in Berlin sich offen erklärte, daß man in diesem Falle allein in Frankreich die Vorlage zu bevorzugen Willens ist, fand sich Graf Drol veranlaßt, sich dem Wunsch des Berliner Kabinetts diesfalls zu fügen. Graf Arnim hat gelegentlich seiner Audienz beim Kaiser die persöhnlichen Intentionen des Königs von Preussen, betreffend die weitere Behandlung der dänisch-deutschen Streitfrage, kundzugeben die Ehre gehabt. In Folge des zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin vollkommen hergestellten Einverständnisses sind, wie mir glaubwürdig mitgetheilt wird, die Intentionen für den Bundespräsidialgesandten Grafen Rechberg bereits nach Frankfurt abgegangen.

Zur Beilegung der Differenzen, welche wegen der gegen einen österreichischen Staatsbediener in Montenegro verübten schweren Injustie entstanden, sind aus Gettinje der alser ege des Fürsten Danilo, der Präsdnt des montenegrinischen Senats, Mirko Petrovich und Major Blahovich hier eingetroffen. — Der „Allg. Ztg.“ schreibt man: Die Entwürfe der Landesstatuten und des Gemeindegesetzes befinden sich in diesem Augenblick noch immer bei dem Reichsrath zur Prüfung, und werden erst von da aus der allerbühnlichen Sanction zugehen. Da diese voluminösen Entwürfe, die außer der eigentlichen Gesetzvorlage auch das historische Material und die Motive in sich fassen, von jedem einzelnen Mitglied des Reichsraths durchgesehen werden müssen, so erklärt sich der Zeitumschwung, den jene Prüfung bedarf, von selbst. — FML. Baron Kompen, bisheriger Chef der obersten Polizeidirektion, soll, wie der „Schles. Ztg.“ geschrieben wird, dem Reichsrath nach Wien in den Ministerrathe. — Verschiedene Blätter zufolge ist die „Dresdener Zeitung“ in Oesterreich verboten worden.

Frankreich.

Paris, 29. März. In der neuburger Angelegenheit wird vor nächstem Sonnabend keine neue Konferenzung erwartet. Es scheint übrigens, daß nur etwa noch die Geduld einige weitere Schmeichlertheilen hervorgerufen wird. Die Angaben der „Independance“ in Betreff der von Preussen beanpruchten Entschädigung waren nicht genau. Der aus den Einkünften der neuburger Domänen der Krone zugewiesene Anteil betrug jährlich 100,000 Fr. Es ist nun nicht gefehert, daß die Krone diese Summe noch 4 Jahre fortbeziehe, sondern dieselbe ist vielmehr zum Zuge von Prop., also zum Wochagen Betrag kapitalisirt worden, so daß die Forderung ein für allemal 2 Mill. Fr. beträgt. Den übrigen Vorschlägen in Betreff der Beibehaltung des Fürstenthums, der Erhaltung und Garantie der Wohlthätigkeitsanstalten, der Wiederherstellung aller Kosten, sowie der Einziehung aller Verzögerungen, die aus den Septembererregungen entsprungen sind, wird die Antwort des Bundesraths scharf und erbeuliche Bedenken entgegenzusetzen. — Die Erwartungen der „Presse“ und des „Univers“ werden fortwährend viel beschworen. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit von Neuem, wie unabweislich eine Abänderung der Freiheitsordnung von 1833 ist, selbst vom Standpunkt der Regierung aus betrachtet. Sämmtliche große Pariser Blätter, der „Moniteur“ ausgenommen, haben 3 oder gar 3 Bemerkungen erhalten. Die Regierung ist somit in die Alternative verfaßt, entweder ihrem Dekrete gemäß die 3 Mal vernommenen Zeitung zu unterdrücken oder dies Dekret einen tohten Buchstaben bleiben zu lassen. Erstere Maßregel würde eine Wirkung im Publikum machen, welche selbst eine Regierung, wie die gegenwärtige, nicht herauszufordern versucht sein dürfte; letzteres aber gefährdet das auf das politische Banner Napoleons III. geführte Autoritätsprinzip. Was die Verwarnung der „Presse“ anbelangt, so scheint Franz Gorgeas Sand eine solche vorher geahnt zu haben; man verfährt, sie habe der Redaktion des Blattes bedeutet, daß, wenn das betreffende Heft nicht angenommen würde, sie dasselbe dem „Sicite“ einschleusen werde, um demzufolge, daß die „Presse“ diesem Aufnahme verweigert habe. Die Redaktion scheint hiernach mehr die Drohung der griffen, oder sehr abgeschwächten Schriftstellerin, als die Drohung des Bundesrathes gefürchtet zu haben. — Kaiser Danilo trifft noch keine Anstalten zu der vielsprechenden Reise nach London. Es heißt, daß Oesterreich in London darauf dringe, daß der Fürst dort nicht empfangen werde.

Madrid, 29. März. Obwohl die Stimmung gegen die nepolitikanische Regierung sich hier sehr gehoben hat, so sind doch die Nachrichten über eine unmittelbare bevorstehende offizielle Aufnahme verfrucht. Es wird weder der Ritter Hanel in den nächsten Tagen hier eintreffen, noch geht ein Abgesandter mit veränderten Bedingungen von hier nach Madrid. Wohlgerweise geschah den ersten Landparungen in Rom durch Vermittlung des Grafen Rayneval. — Die Zahl der in Frankreich sich aufhaltenden vordemigen Russen nimmt täglich zu. Viele derselben, und darunter der General-Direktor der Petersburger Polizei, werden sich in nächsten Monat zum Empfang des Großfürsten Konstantin nach London begeben. Die Großfürstin Helene wird von Rom nach Genua reisen, um dort die Seebäder zu gebrauchen. Aufse Neue wird bestimmt berichtet, daß Graf Orloff nun doch schon im Mai zurückkehrt; als sein militärischer Nachfolger wird Herr v. Romello oder der Herzog von Gramont beabsichtigt. — Die „Patrie“ enthält folgende Mittheilung: „Kaiser Khan wird dieser Tage von Peking in Paris zurück erwartet. Nur vier Personen seines Gesundheitszustandes haben ihn auf seiner Reise begleitet. Wenn er von dem Dote von Teheran die Ratifikation des zwischen Persien und England abgeschlossenen Vertrages erhält, so wird er nochmal, und zwar dann mit seinem ganzen Gefolge, sich nach London begeben. Er wird dort die Unterhandlungen, die er wegen des Abchlusses von Handels-Verträgen mit verschiedenen Mächten angeknüpft hat, beenden und sich im September nach Persien einschiffen.“ Nach Briefen aus Wien vom 28. März in „Patrie“ hat der Ober-Kommandant der Truppen der Rollau unter dem 25. März die offizielle Erklärung erlassen, daß sich an diesem Tage kein einziger österreichischer Soldat mehr in dem genannten Fürstenthum befand. — Es ist vor Kurzem ein Brief des Grafen Chamberd an den Herzog von Nemours in die Öffentlichkeit gelangt, aus dem sich die günstige Schreiter der Rollau ergibt (vgl. Nr. 144 der National-Ztg.). Der letzte Schriftwechsel in dieser Beziehung knüpfte sich an den bekannten Brief, den der Graf Chamberd nach dem Tode des Herrn v. Salzdorf an dessen Wittve richtete, und in welchem die Russen als eine vollendete Thatsache bezeichnet wurde, die hauptsächlich durch das Verdienst des Verstorbenen herbeigeführt worden ist. Der Herzog v. Nemours nahm nun Anlaß, hiergegen zu protestiren und die Klage wurde weiter als je. Gleichzeitig mit der Erklärung, welche der Herzog dem Grafen Chamberd in dieser Angelegenheit zugehen ließ, richtete er an einen Freund folgenden aus: — Paris, den 25. Jan. 1857 datirten Brief, der durch die „Independ.“ jetzt ebenfalls der Öffentlichkeit übergeben worden ist: „In einem von den Zeitungen mitgetheilten Schreiben des Grafen Chamberd bei Gelegenheit des Todes des Herrn von Salzdorf findet sich ein Satz, welcher die 1853 im Stande getommene Ausfindung als die erste der letzten Großthaten der Zukunft Frankreichs darstellt. Dieser Satz — wie haben wir den Beweis erhalten — hat einen Sinn, der weder heute sein Zweck mehr möglich ist; er hat die Wirkung, an gewisse Berufigungen glauben zu lassen, die meine Brüder und ich nicht eingesehen sind. Wir sind demnach, obgleich sehr wider unsere Willen, genöthigt das Stillstehen zu brechen, das wir uns verschrieben hatten über die Beziehungen, die wir mit dem Grafen von Chamberd gehabt, zu beenden. — Als ich in der That mich aus einem Gedanken der Entrüstung zu dem Grafen von Chamberd begeben, hat ich dies nur auf die angedeutete Veränderung hin, daß dieser Schritt seine Verbindlichkeit in sich schließen sollte. In dem ich ihm dann unsere aufrichtige Dank ausdrückte, ist ein Tag durch Frankreich an den Thoren vorüber zu ziehen, so wie andere Willen, zu seiner Zeit alle unsere Hoffnungen der Erringung dieser Großthaten zu widerstehen, was ich weit weniger entsetzt ihm ein bißchen und ungewohnter Wirtlichkeit antwortete. Eine vorangegangene Übereinkunft sollte notwendig die Bedingungen derselben bestimmen. Diese Bedingungen werden von unserer Seite in der hier wesentlichen Punkten zusammen gefaßt worden sein, welche unsere Uebereinkunft sowohl, wie die der Vergangenheit unserer Familie schwebige Lösung aus nichts auszubeden gebieten: 1) die Aufrechterhaltung der dreifachen Thone, die heute in den Augen Frankreichs das Sinnbild des neuen gesellschaftlichen Zustandes und der Freigebit der seit 1789 achtzigjährigen Prinzipien ist; 2) die Fortsetzung der konstitutionellen Regierung; 3) die Beibehaltung der Personalien an dieser Regierungsform. — Die Erringung der Freigebit der Freiheit, von denen drei Punkten wurde nur der erste mit dem Grafen von Chamberd bei einem Besuche in Paris besprochen und das Ergebnis dieser Unterhaltung war ein solches, daß wir glaubten, ihn benachdichtig zu müssen, daß, so lange dieser Punkt unerwiderlich bliebe, jede weitere Gemeinschaft der Ansichten zwischen ihm und uns unmöglich wäre. Da zu unsern sehr großen Bedauern sich seitdem diese Angelegenheit nicht geändert hat und jede Idee eines vorläufigen Einverständnisses von dem Grafen Chamberd nicht zur Ausführung kam, so ist es uns zur Pflicht geworden, Einigungsbemühungen ein Ziel zu setzen, die heute trübselig sind. Wir haben es jedoch bedauert, daß es uns unter den Bedingungen nicht gefiel gelangen zu lassen, die aus dem konstitutionellen Punkt unter einer andern Bedingung zu verhandeln. Denn dies würde die mit uns noch ein Weg gewesen sein, Frankreich zu dienen. Unser Entschlus ist nunmehr, die Freigebit abzuwarten und bei jeder Gelegenheit unter Berufung auf die Wünsche gegen unser Vaterland in Rath zu ziehen. Empfangen St. P. Louis d'Orleans.“

Die Angelegenheit des Bischofs von Roulin wird den Staatsrath von der ganze Bede beschäftigen. Man glaubt nicht, daß die entscheidende Plenar-Sitzung vor nächsten Sonnabend statthaben wird. Das Gerücht von einer zweiten Verwarnung des „Univers“ wegen seiner lebhafte Beschuldigung der Moniteurnote hat sich als grundlos erwiesen. Die Besetzung der Presse in dieser Angelegenheit dauert fort. Die „Union“ hatte in einem früheren Artikel die Besetzung an eine weltliche Behörde wegen Widerspruch des geistlichen Amtsgewalts selbst für einen großen Fehltritt erklärt und gesagt, daß keine Regierung, die eine Fremden der Religion sei, zu solchen äußerlichen Mitteln ihre Zuflucht nehmen werde. Die „Eclaircissement“ weicht heute noch, daß unter der Restauration nicht weniger als 6 Bemerkungen an die weltliche Behörde statthabenden haben. In Folge derselben wurden eine Verurteilung des Bischofs von Poitiers und ein Dicitentbrief des Bischofs von Toulon ganz einfach unterdrückt. Der „Moniteur“ veröffentlichen im Jahre 1824 sogar einen langen Artikel, in dem auseinandergesetzt war, aus welchen Gründen und mit wie der Besetzung an eine weltliche Behörde gestattet sei. — Die „Assemblée nationale“ hatte der Moniteurnote folgende Heilen vorausgeschickt: „Wir sind überzeugt, daß die so edle und hohe Seele des ehrwürdigen Bischofs von Roulin, wenn die Umstände es erfordern, allen Festungen gewachsen sein wird.“ Die offizielle „Patrie“ bemerkt hierzu, daß in einem Mißverständnis, wie er hier angegeben worden, keine Anstalt vorhanden sei. Der Kaiser habe die Anträge nicht in Rom und erst dann in Frankreich befragt, er habe den Papst in den Ditteln jurdischgestellt und die Kirche der heiligen Genere die Sorge überlassen, die Religion besser, als er selbst zu vertheidigen.

Gestern Nachmittag führte das Garde-Quaden-Regiment im Feld de Kaulonge Wandern im Feuer aus. Der Kaiser, von dem Prinzen Nikolas von Koffen, in Majors-Uniform, begleitet, und die Kaiserin in offnem Wagen, wohnten diesem Wandern bei. — Marschall Randon wird aus der Hauptstadt nach für einige Tage hierher zurückkehren, um sich demnächst mit der Regierung über die Anstalten zur Expedition nach Kabilien zu verhandeln. Hinsichtlich der allgerichten Emden ist in dem neu